



<https://biasyl-regensburg.de/>

Email: bi.asyl@yahoo.com

Manuskript für Rede **Beitrag Seebrücke Kundgebung 12. 12. 2021**

Liebe Menschen, vor weniger als einer Woche, trat die neue Bundesregierung ihr Amt an. Die Hoffnungen darauf, dass es eine menschliche Asylpolitik gibt, war groß. Mein erster Schock diesbezüglich war dann der Koalitionsvertrag. Abschiebungen sollen verstärkt durchgeführt, Frontex ausgebaut werden. Die Festung Europa bleibt bestehen und soll mit mehr Geld, mehr Personal, mehr Waffen „geschützt“ werden. Vor wem oder was geschützt? Die EU wird nicht angegriffen. Ich kann gar nicht ausdrücken, wie perfide und eklig ich diese Formulierung finde.

Und doch, habe ich mir gedacht: Gib dem Ganzen eine Chance. Die Grünen sind eine Partei der Menschenrechte, die sich stark für Geflüchtete einsetzt und in dem Bereich tolles Personal hat, die sich mit Leib und Seele einsetzen. Die für Menschenrechte kämpfen, vor Ort sind und Missstände thematisieren. Und auch SPD und FDP haben neue Asylregelungen im Bundestagswahlkampf versprochen. Dann kam vor drei Tagen der Antrittsbesuch der grünen Außenministerin Baerbock in Polen. Dort war sie beim Rechtsextremen Duda. Zum Abschluss hat sie folgendes gesagt: "Wir müssen aber auch, das möchte ich deutlich sagen, sicherstellen, dass angesichts der eisigen Temperaturen im Grenzgebiet humanitäre Hilfe zur Verfügung steht, und zwar auf beiden Seiten der Grenze". Wow. Man hat aus dem Fenster geschaut und den Schnee, der seit Tagen vom Himmel kam, gesehen. Ja, gottverdammte, es ist seit Tagen und Wochen eisig. Die Zustände sind menschenunwürdig. Menschen werden von einer Seite der Grenze auf die andere geprügelt. Menschen erfrieren. Ich finde es zwar richtig, dass das adressiert wird. Dennoch: Mich hat besonders der Teil mit der humanitären Hilfe geärgert. Ja, die ist nötig. Aber sie ist nur nötig, weil sich Deutschland und die EU, für eine Abschottung entschieden haben. Weil man sich entschieden hat, Menschen als Verhandlungsmasse zu sehen. Hier ein klares Statement, Menschen aufzunehmen, hätte Lukaschenko, dem belarussischen Diktator, jede vermeintliche Verhandlungsmasse genommen.

Doch auch eine vermeintlich progressive Bundesregierung setzt auf „Hilfe vor Ort“. Ich bin beeindruckt, wie nett Verantwortungsabgabe und das im Stich lassen von Menschen formuliert werden kann. Man möchte ihnen „vor Ort“ helfen. Man möchte, dass „vor Ort“ Pressefreiheit herrscht. So nett klingt es, wenn eine grüne Außenministerin Menschen im Stich lässt und dies verkündet; in Watte verpackt versteht sich. Doch wir lassen uns davon nicht täuschen! Wenn das die Linie der Bundesregierung bei der Asylpolitik ist, wie reagiert sie dann erst, wenn noch wesentlich mehr Menschen zu uns kommen, weil wir unsere Klimaziele nicht einhalten werden.

Doch das ist nicht allein die Verantwortung der Grünen. Eine SPD hat die letzten Jahre schon Menschen im Stich gelassen – immer mit dem Vorwand, dass die CDU/CSU schuld sei. Jetzt wird deutlich: Dem ist nicht so. Kanzler Scholz möchte nicht anders. Daraus hat er im Wahlkampf allerdings auch kein Geheimnis gemacht, der Law&Order Kanzler des Aufbruchs. Und die FDP hat von vornherein keinen Hehl daraus gemacht, dass deren Verständnis von Asyl da aufhört, wo der Arbeitsmarkt beginnt. Das heißt, wie Christian Lindner es mal ausgedrückt hat: er könne in der Schlange beim Bäcker nicht unterscheiden, ob vor ihm ein nützlicher oder ein illegaler Ausländer steht, der ihm da gerade das letzte Mohnbrötchen mit gebrochenem Deutsch weg kauft. Es braucht nicht nur Hilfe „vor Ort“, kein "Weiter so!" und keine rassistischen Ressentiments, sondern endlich eine menschliche Politik.

Wir kämpfen weiterhin dafür, dass Menschen nicht im Stich gelassen, sondern aufgenommen werden. Wir kämpfen weiterhin dafür, dass eine Bundesregierung Menschlichkeit und Solidarität als Werte anerkennt und danach handelt.